

# POLITISCHES STIMMUNGSBILD DER BSW-SYMPATHISIERENDEN 2024

**Wie blicken die BSW-Sympathisierenden auf den derzeitigen Zustand von Politik und Gesellschaft? Welche Ansichten haben sie zu gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Fragen? Und wie unterscheiden sie sich von Sympathisierenden anderer Parteien?**

**Auf Grundlage einer repräsentativen Umfrage im April und Mai 2024 präsentiert d|part Antworten auf diese Fragen in diesem Kurzbriefing.**

## KERNERGEBNISSE

**Hohes Maß an Unzufriedenheit und Pessimismus:** BSW-Sympathisierende teilen eine starke Unzufriedenheit mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in Deutschland. Sie haben überdurchschnittlich hohe soziale und wirtschaftliche Abstiegsängste und ein Großteil befürchtet eine Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards in Deutschland in den kommenden Jahren. Auch ihre eigene finanzielle Situation schätzen sie überdurchschnittlich häufig als unsicher ein.

**Migrationsfeindliche Ansichten und Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen:** BSW-Sympathisierende äußern verstärkt migrationskritische bis migrationsfeindliche Ansichten. Zudem stimmen sie häufiger rechtsextremen Aussagen zu als Anhänger\*innen anderer demokratischer Parteien. Im Index rechtsextremer Einstellungen haben sie nach den AfD Anhänger\*innen den zweithöchsten Zustimmungswert.

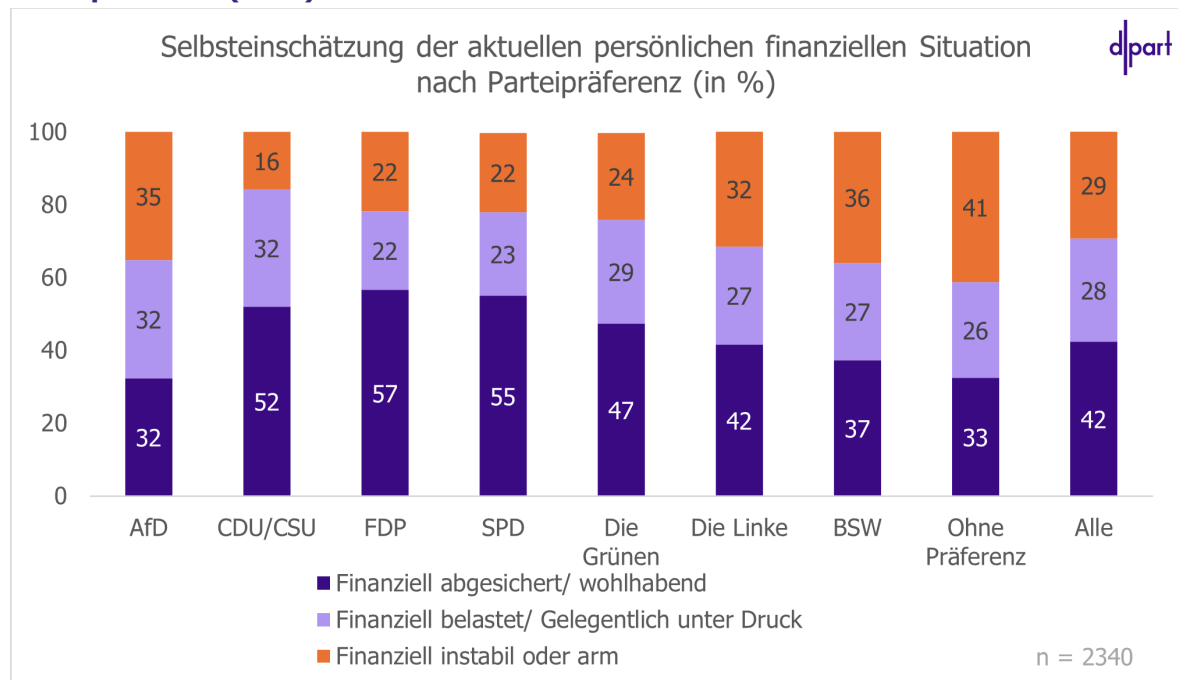
**Präferenz für staatliche Interventionen in der Wirtschaftspolitik:** In wirtschaftlichen Fragen präferieren BSW-Sympathisierende eher sozialstaatliche und staatsinterventionistische gegenüber markt-basierten Lösungsansätzen, ähnlich wie Anhänger\*innen von Mitte-links-Parteien wie SPD, Grünen und Linken. Dennoch zeigt sich in wirtschaftlichen Fragen kein einheitliches Bild: Je nach spezifischer Frage variieren ihre Positionen zwischen Einstellungen eher zentristischer oder linken Wählenden.

# Sozialstruktur der BSW-Sympathisierenden

Hinsichtlich der soziodemographischen Merkmale zeigt unsere Erhebung, dass BSW-Sympathisierende<sup>1</sup> überdurchschnittlich häufig in älteren Altersgruppen vertreten sind, während die Unterstützung in jüngeren Altersgruppen deutlich geringer ausfällt. In Bezug auf das Geschlecht gibt es keine wesentlichen Unterschiede; allerdings zeigen die Daten ähnlich wie andere Studien<sup>2</sup>, dass geringfügig mehr Frauen als Männer eine Nähe zum BSW empfinden. Regionale Unterschiede sind hingegen ausgeprägter: In Ostdeutschland sympathisieren deutlich mehr Menschen mit dem BSW als in Westdeutschland.

Ein Blick auf die sozioökonomische Struktur der BSW-Sympathisierenden zeigt, dass sich BSW-Sympathisierende bezüglich des Bildungs- und Einkommensniveau nicht stark vom bundesdeutschen Durchschnitt unterscheiden. Personen mit sehr hohen Einkommen sind unter den BSW-Sympathisierenden jedoch seltener vertreten. Zudem geben sie häufiger an, über keine finanziellen Rücklagen zu verfügen.

**Abbildung 1: Selbsteinschätzung der aktuellen persönlichen finanziellen Situation nach Parteipräferenz (in %)**



Besonders aufschlussreich ist die Selbsteinschätzung der finanziellen Situation und der sozialen Schichtzugehörigkeit unter den BSW-Sympathisierenden. Sie bewerten ihre finanzielle Lage überdurchschnittlich häufig als unsicher oder arm – ähnlich wie die Anhängerinnen der AfD. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die ihre finanzielle Situation als wohlhabend oder abgesichert einschätzen, deutlich geringer als bei den Unterstützer\*innen etablierter Parteien wie SPD, CDU/CSU, FDP oder Grünen.

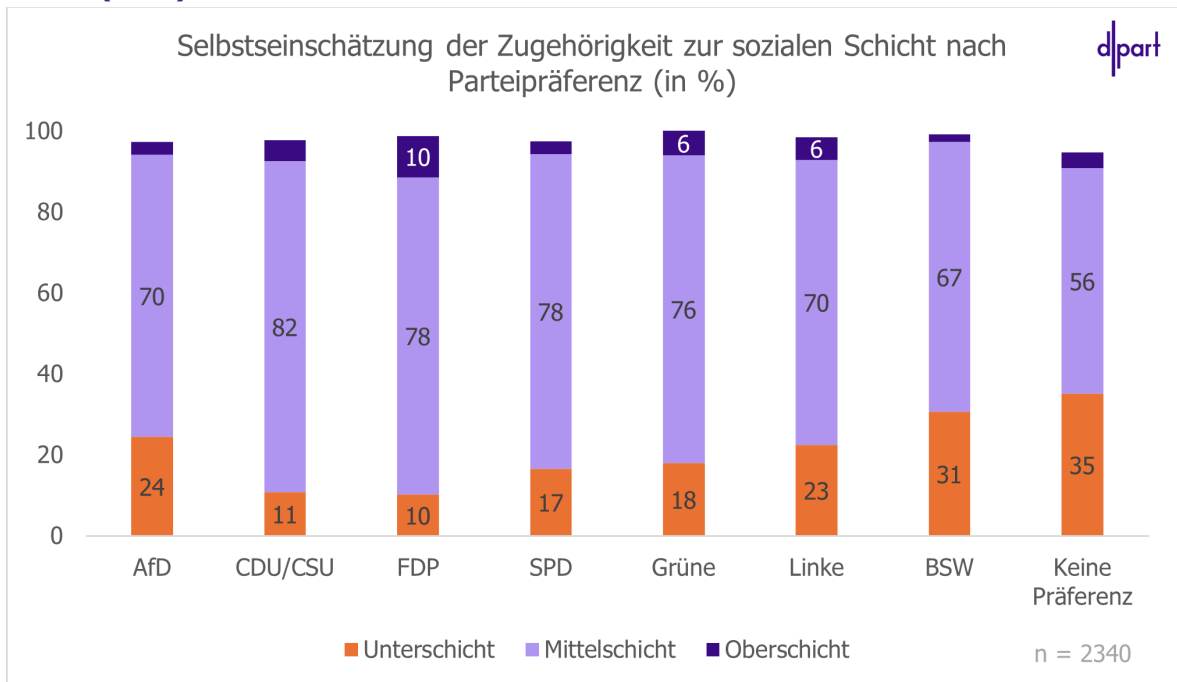
Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Selbsteinschätzung der sozialen Schichtzugehörigkeit: BSW-Sympathisierende ordnen sich selbst häufiger der Unterschicht zu. Dies ist ebenfalls bei AfD-Anhänger\*innen und bei Personen ohne Parteipräferenz zu beobachten.

1 In der Umfrage wurde nicht nach der konkreten Wahlabsicht der Teilnehmenden gefragt. Stattdessen lautete die Frage: „Welcher politischen Partei stehen Sie (falls überhaupt) am nächsten?“ Dies ist besonders relevant, um leichte Verzerrungen entgegenzuwirken, insbesondere im Kontext zwischen Wahlen oder auf europäischer Ebene, da hier Tendenzen häufig leicht anderes ausfallen kann, mit einer stärkeren Betonung auf politischen Rändern und Kleinparteien.

2 Ähnliche Soziodemographische Merkmale zeigt z.B folgende Erhebungen: Baumann, H. and Seikel, D., 2024. Wer wählt "Bündnis Sahra Wagenknecht"? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung (No. 94). WSI Report

Demnach verfügen BSW-Sympathisierende häufiger über ein mittleres Bildungs- und Einkommensniveau, dennoch empfinden sie ihre finanzielle Situation öfter als instabil und ordnen sich eher der Unterschicht zu.

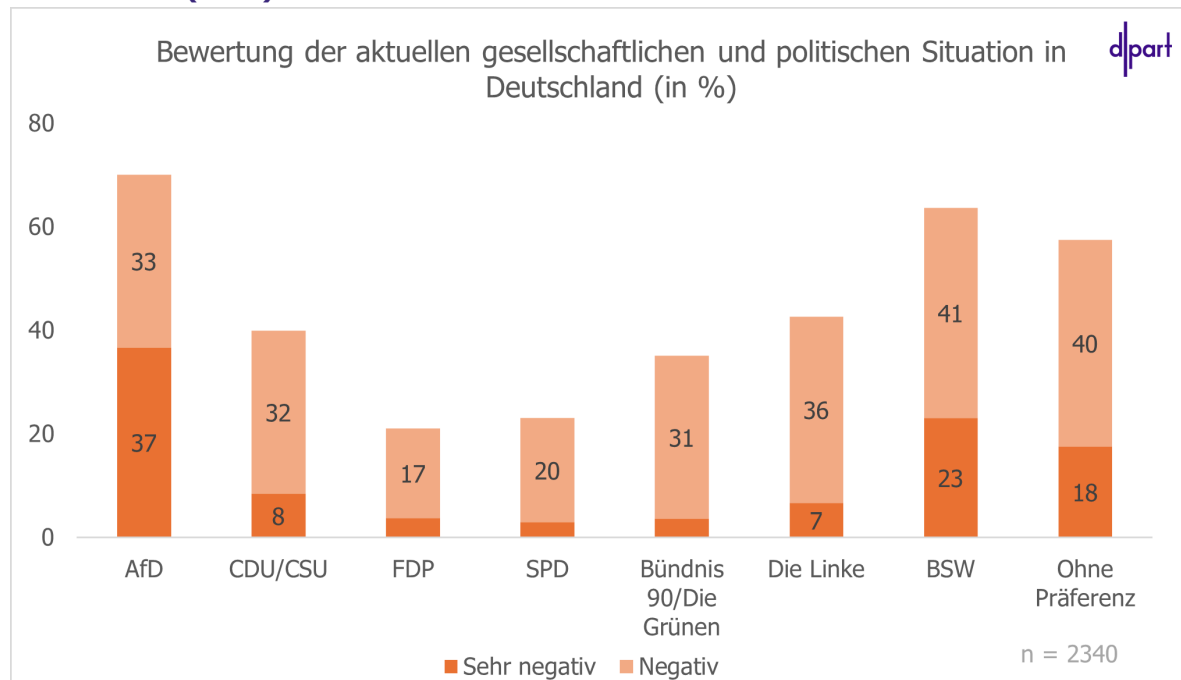
**Abbildung 2: Selbsteinschätzung der Zugehörigkeit zur sozialen Schicht nach Parteipräferenz (in %)**



## Besonders große Unzufriedenheit mit Status Quo und vielfach sorgenvolle Blicke in die Zukunft bei BSW- und AfD-Sympathisierenden

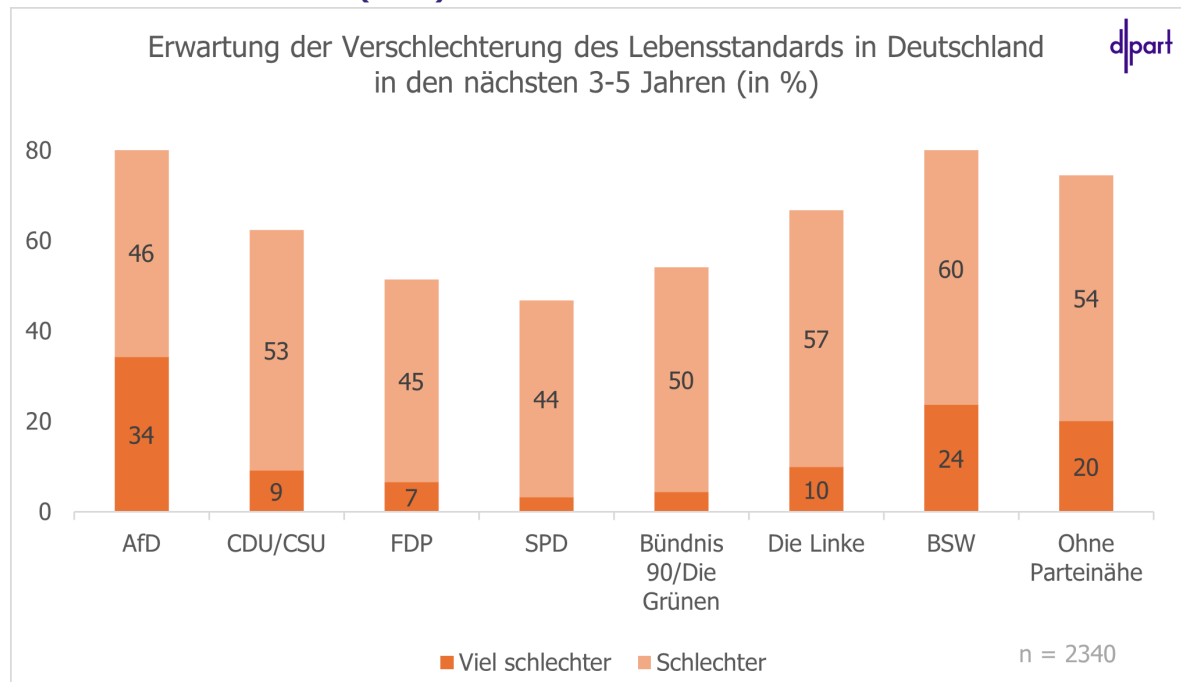
Unzufriedenheit mit der allgemeinen gesellschaftlichen Situation ist in Deutschland weit verbreitet, unterscheidet sich jedoch stark nach Parteianhänger\*innenschaft. Unter den Sympathisierenden des BSW ist die Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen und politischen Status quo in Deutschland besonders stark ausgeprägt, ähnlich wie bei AfD-Sympathisierenden und Befragten ohne Parteizugehörigkeit. Etwa zwei Drittel bewerten die gegenwärtige gesellschaftliche Situation jeweils als negativ oder sehr negativ. Die Frage nach der allgemeinen Unzufriedenheit mit bestehenden Verhältnissen kann dabei oft als ein guter Indikator für eine gewisse Protesthaltung gelten (siehe z.B. Steffen Mau oder Kai Arzheimer)

**Abbildung 3: Bewertung der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in Deutschland (in %)**



Dies spiegelt sich auch in der pessimistischen Einschätzung der BSW-Sympathisierenden hinsichtlich ihrer persönlichen finanziellen Zukunft wider: Etwa zwei Drittel erwarten eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den nächsten drei bis fünf Jahren. Lediglich 9 Prozent der BSW-Anhänger\*innen glauben, dass sich ihre persönliche finanzielle Situation in Zukunft verbessern wird.

**Abbildung 4: Erwartung der Verschlechterung des Lebensstandards in Deutschland in den nächsten 3-5 Jahren (in %)**

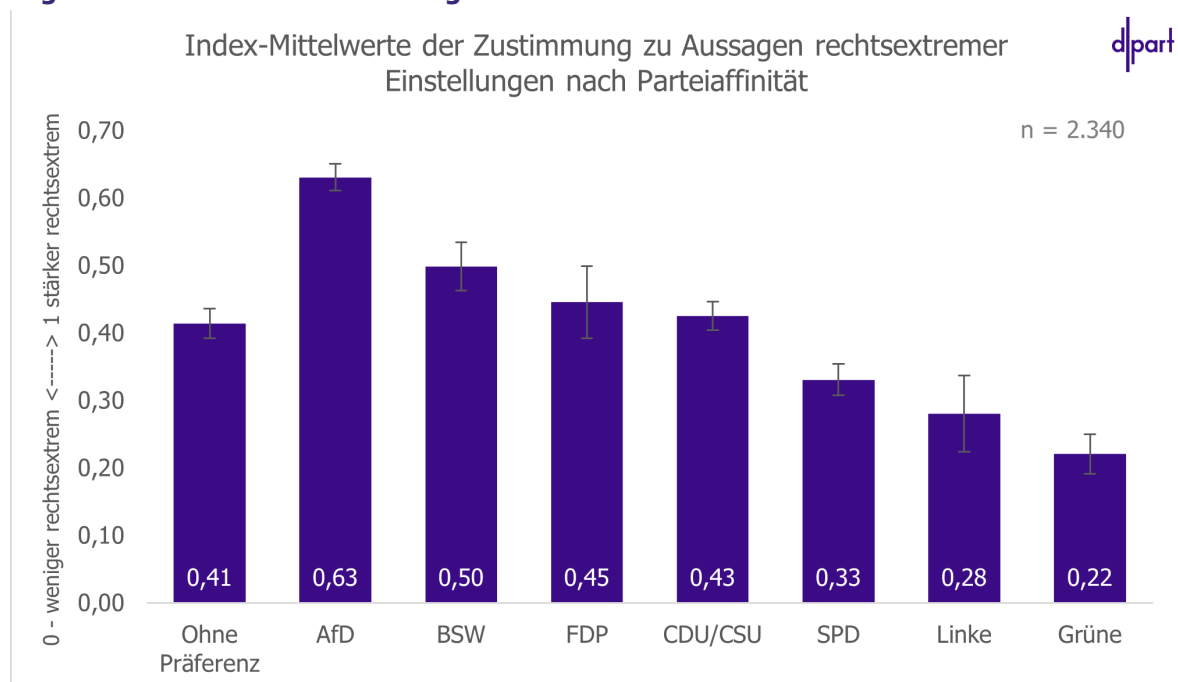


Noch pessimistischer ist jedoch der Blick auf die Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards in Deutschland: 84 Prozent der BSW-Sympathisierenden gehen davon aus, dass sich der allgemeine Lebensstandard in den nächsten drei bis fünf Jahren verschlechtern wird. Die gesellschaftlichen Abstiegsängste der BSW-Sympathisierenden sind damit ähnlich hoch wie bei den AfD-Anhänger\*innen und den Befragten ohne Parteipräferenz. Sie liegen jeweils deutlich über dem Durchschnitt aller Befragten, von denen 67 Prozent eine Verschlechterung erwarten. Es zeigt sich, dass die Abstiegsängste auf gesellschaftlicher Ebene noch größer als auf persönlicher Ebene sind.

# Verstärkte Zustimmung zu migrationsfeindlichen Aussagen und erhöhte rechtsextreme Einstellungen bei BSW-Sympathisierenden

Neben der weit verbreiteten Unzufriedenheit und dem pessimistischen Blick in die Zukunft weisen die Studienergebnisse auch auf eine Normalisierung antidemokratischer Einstellungen und extrem rechter Positionen in ganz Deutschland hin, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Unsere Ergebnisse stimmen dabei mit einer Reihe anderer Erhebungen überein, die diese besorgniserregenden Tendenzen aufzeigen (z.B. Zick, A., Küpper, B. and Mokros, N., 2023. Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23; Hövermann, A., 2023. Das Umfragehoch der AfD (No. 92). WSI Report. Hans-Böckler-Stiftung). BSW-Sympathisierende stimmen dabei häufiger rechtsextremen Aussagen zu als Anhänger\*innen anderer demokratischer Parteien. Im Index, der die Zustimmung zu acht rechtsextremen Aussagen über verschiedene Dimensionen zusammenfasst<sup>3</sup>, erreichen die BSW-Sympathisierenden den zweithöchsten Wert, übertroffen nur von den AfD-Anhängerinnen.

**Abbildung 5: Index-Mittelwerte mit 95%-Konfidenzintervall der Zustimmung zu Aussagen rechtsextremer Einstellungen nach Parteiaffinität**



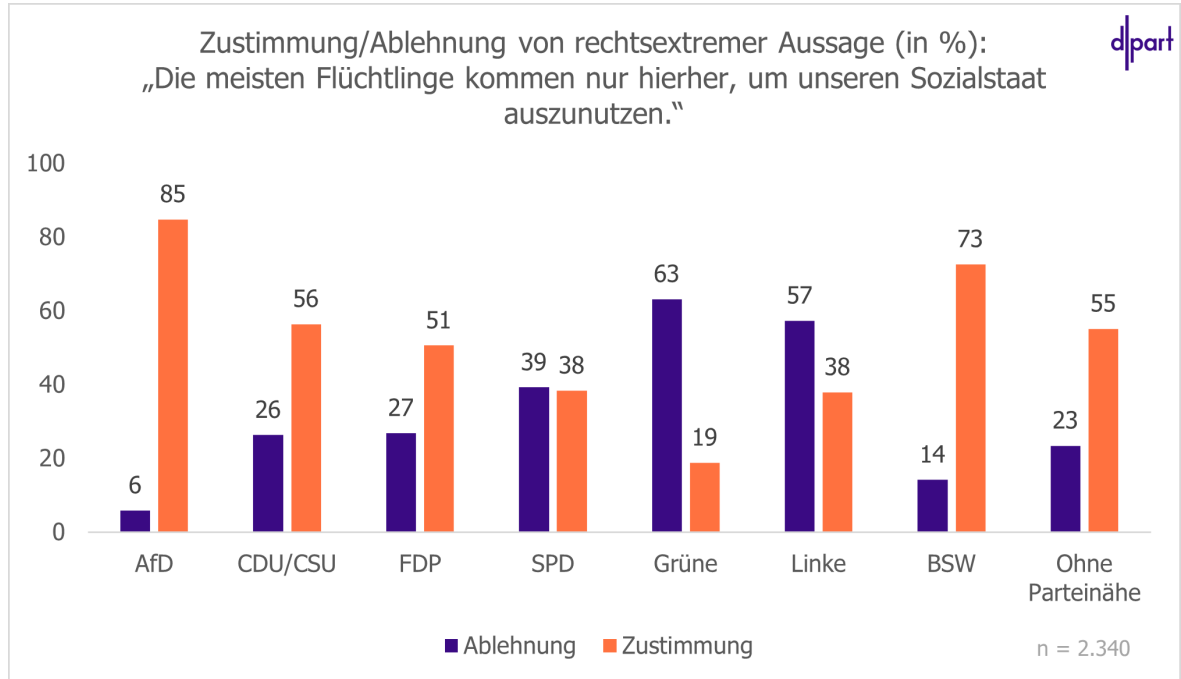
Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen ist in Ostdeutschland, insbesondere in ländlichen Gebieten, allgemein höher. Allerdings zeigt sich kein Unterschied in der Komposition nach Parteizugehörigkeit. BSW-Sympathisierende in Ostdeutschland haben ein leicht höheres Niveau der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen aufweisen als ihre westdeutschen Pendanten – ein Muster, das jedoch auch bei anderen Parteien gleichermaßen zu beobachten ist und eher regional und nach ländlicher/städtischer Wohnlage erklärbar ist.

Vor allem in der Zustimmung zu Aussagen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

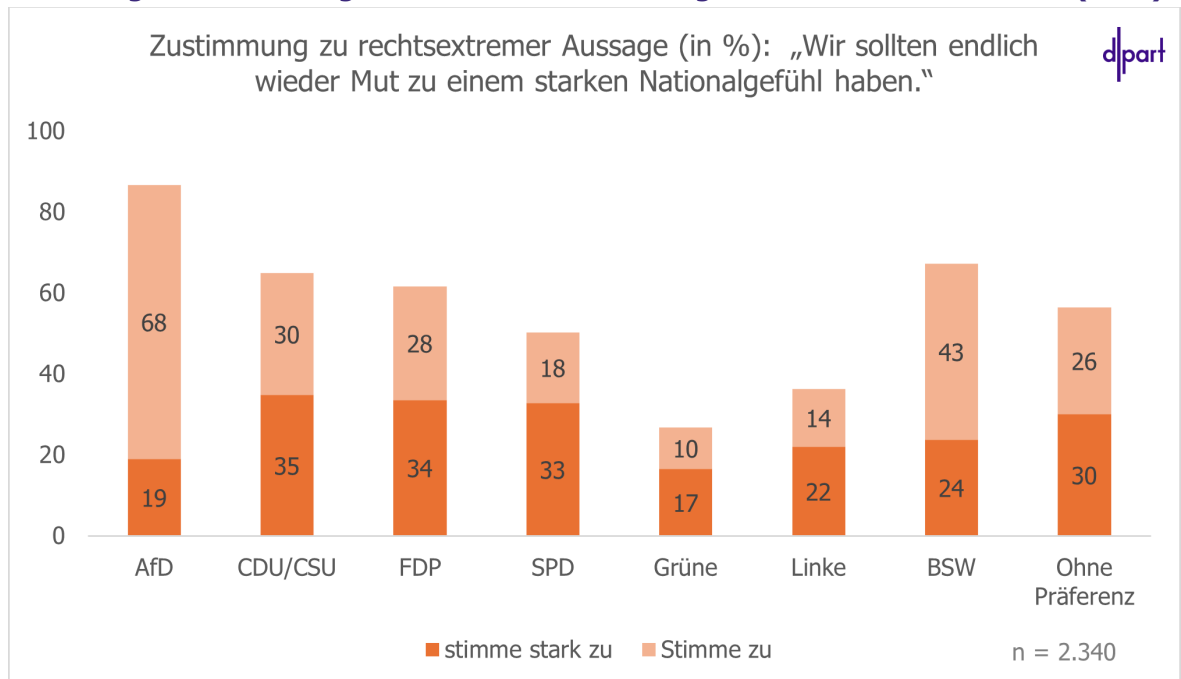
<sup>3</sup> Die Zustimmung zu folgenden acht rechtsextremen Aussagen wurden in der Umfrage abgefragt und die Antworten in einem gemeinsamen Index zusammengeführt: 1. „Die meisten Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ 2. „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimatländer zurückschicken.“ 3. „Muslimen sollte die Einwanderung nach Deutschland verboten werden.“ 4. „Im Hinblick auf die israelische Politik kann ich gut verstehen, warum man etwas gegen Juden haben könnte.“ 5. „Homosexualität ist unmoralisch.“ 6. „Frauen sollten sich wieder stärker ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter zuwenden.“ 7. „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ 8. „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“

liegen die Werte der BSW-Sympathisierenden erhöht. BSW-Sympathisierende äußern dabei verstärkt migrationskritische bis migrationsfeindliche Ansichten. In diesem Punkt ähneln sie den AfD-Sympathisierenden: Beide Gruppen stimmen rechtsextremen migrationsfeindlichen Aussagen verstärkt zu und lehnen sie seltener ab. Das sehen wir beispielsweise in der Frage wie Geflüchtete gesehen werden (Abbildung 6). In politisch-autoritären Dimensionen rechtsextremer Einstellungen, wie der Befürwortung einer Diktatur und nationalem Chauvinismus (Abbildung 7), liegen die Werte der BSW-Sympathisierenden jedoch niedriger als bei den AfD-Sympathisierenden.

**Abbildung 6: Zustimmung/Ablehnung von rechtsextremer Aussage Xenophobie (in %)**



**Abbildung 7: Zustimmung zu rechtsextremer Aussage nationaler Chauvinismus (in %)**



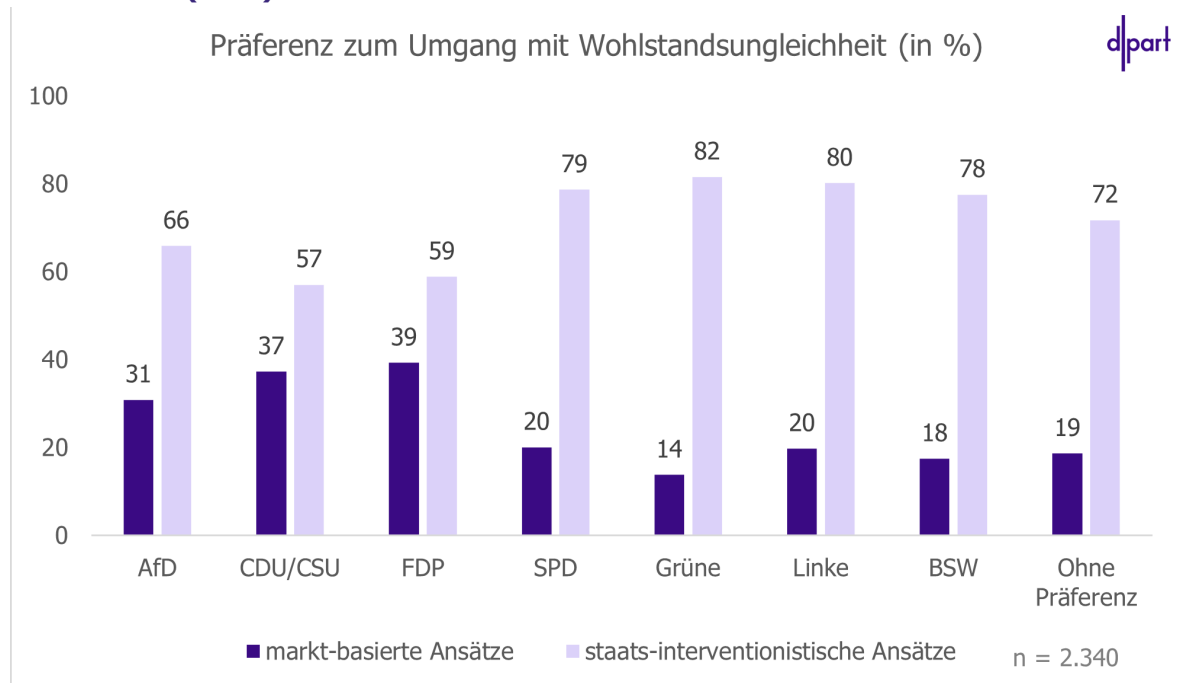
## Wirtschaftliche Einstellungen der BSW-Sympathisierenden eher staats-interventionistisch

Die wirtschaftlichen Einstellungen sind entscheidend, um das Profil der BSW-Sympathisierenden besser zu verstehen. Während BSW-Sympathisierende im Niveau ihrer allgemeinen Unzufriedenheit, der Angst vor sozialem Abstieg und der erhöhten Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen den AfD-Sympathisierenden ähneln, sowie in sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere in der Migrationspolitik, eher konservativ eingestellt sind, befürworten sie in wirtschaftlichen Belangen eher sozialstaatliche und staats-interventionistische Ansätze. In wirtschaftlichen Fragen ähneln sie damit eher Ansichten von Befragten, die Mitte-links-Parteien wie der SPD, aber auch den Grünen oder der Linken nahestehen. Die wirtschaftlichen Positionen der BSW-Sympathisierenden variieren jedoch stark je nach spezifischer Frage.

Entgegen der oft angenommenen Erwartung sind BSW-Sympathisierende damit nicht durchweg wirtschaftlich links eingestellt, sondern bewegen sich je nach Fragestellung zwischen zentristischen und linken Positionen. Angesichts der teils aus der Linken stammenden Parteiwurzeln ist dies besonders bemerkenswert. Sie zeigen auch Zustimmung zu markt-basierten Ansätzen der Leistungsgesellschaft, neigen jedoch insgesamt stärker zu staats-interventionistischen Ansätzen.

Auf die Frage<sup>4</sup>, wie mit bestehenden ungleichen Verteilungen von Wohlstand in Deutschland bestenfalls umgegangen werden soll, äußern BSW-Sympathisierende eine deutlich stärkere Präferenz für staatsinterventionistische Lösungsansätze (Abbildung 8).

**Abbildung 8: Präferenz zum Umgang mit der ungleichen Verteilung von Wohlstand in Deutschland (in %)**



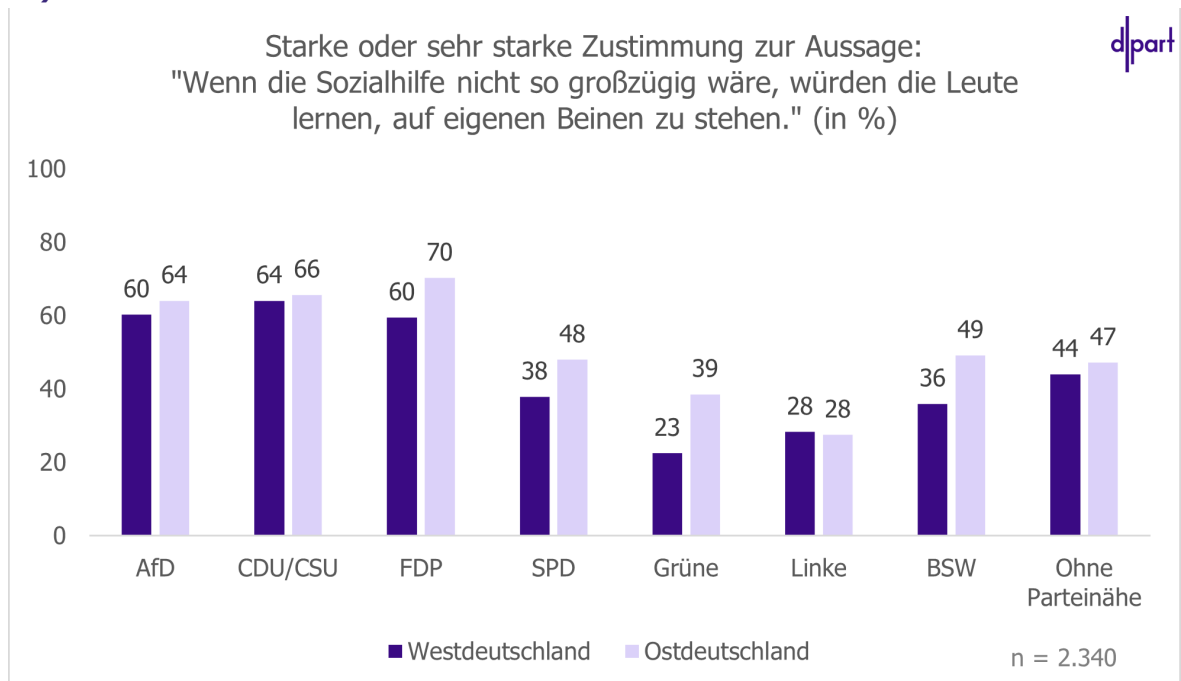
4 Zusammengefasste Antworten auf die Frage: „Viele Leute machen sich Sorgen, dass der Wohlstand in Deutschland mittlerweile sehr ungerecht verteilt ist. Welche der folgenden Aussagen dazu, was idealerweise gegen die Ungleichheit unternommen werden sollte, stimmt mit Ihrer Ansicht am ehesten überein?“, Markt-basierte Ansätze: Es sollte nichts getan werden; Wir sollten einfach sicherstellen, dass die Wirtschaft wächst; Wir sollten es Einzelpersonen erleichtern, ihr Geld zu investieren (z. B. in Aktien); Staats-interventionistische Ansätze: Wir sollten die Steuern der Höchstverdiener\*innen erhöhen; Wir sollten mehr Dienste (wie beispielsweise öffentliche Verkehrsmittel) kostenlos zur Verfügung stellen; Wir sollten das Wirtschaftssystem grundlegend ändern, um den Wohlstand umzuverteilen; Wir sollten allen in Deutschland ein monatliches universales Grundeinkommen zur Verfügung stellen



Ihre Positionen ähneln dabei stark den Ansichten von Anhänger\*innen anderer Mitte-links-Parteien wie der SPD, den Grünen und der Linken. Markt-basierte Lösungsansätze, die die Maßnahmen stärker bei Wirtschaft und Individuum sehen, werden von BSW Sympathisierenden deutlich seltener befürwortet als bei denen die der FDP, CDU/CSU und AfD nahe stehen.

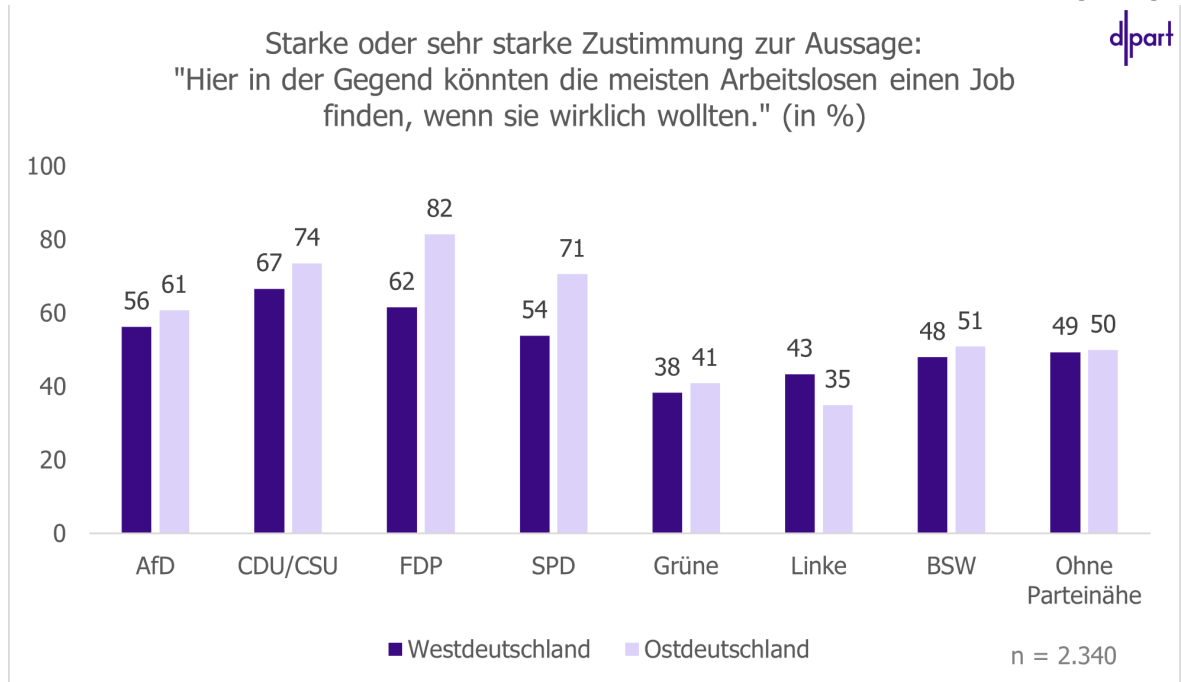
Auch bei der Bewertung von staatlicher Sozialhilfe und ihrer Position zu Leistungsempfänger\*innen ähneln die Antworten der BSW-Sympathisierenden stark den Profilen von Mitte-links-Parteien. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland stimmen die Ansichten von SPD- und BSW-Sympathisierenden in Bezug auf staatliche Sozialhilfe nahezu überein. Im deutlichen Kontrast dazu stehen die Positionen von Anhänger\*innen der CDU/CSU, FDP und auch der AfD, die staatlicher Hilfe kritisch gegenüberstehen. Umgekehrt sind Unterstützer\*innen von Grünen und Linken in dieser Frage positiver eingestellt als BSW-Anhänger\*innen.

**Abbildung 9: Starke oder sehr starke Zustimmung zur Aussage: „Wenn die Sozialhilfe nicht so großzügig wäre, würden die Leute lernen, auf eigenen Beinen zu stehen.“ (in %)**



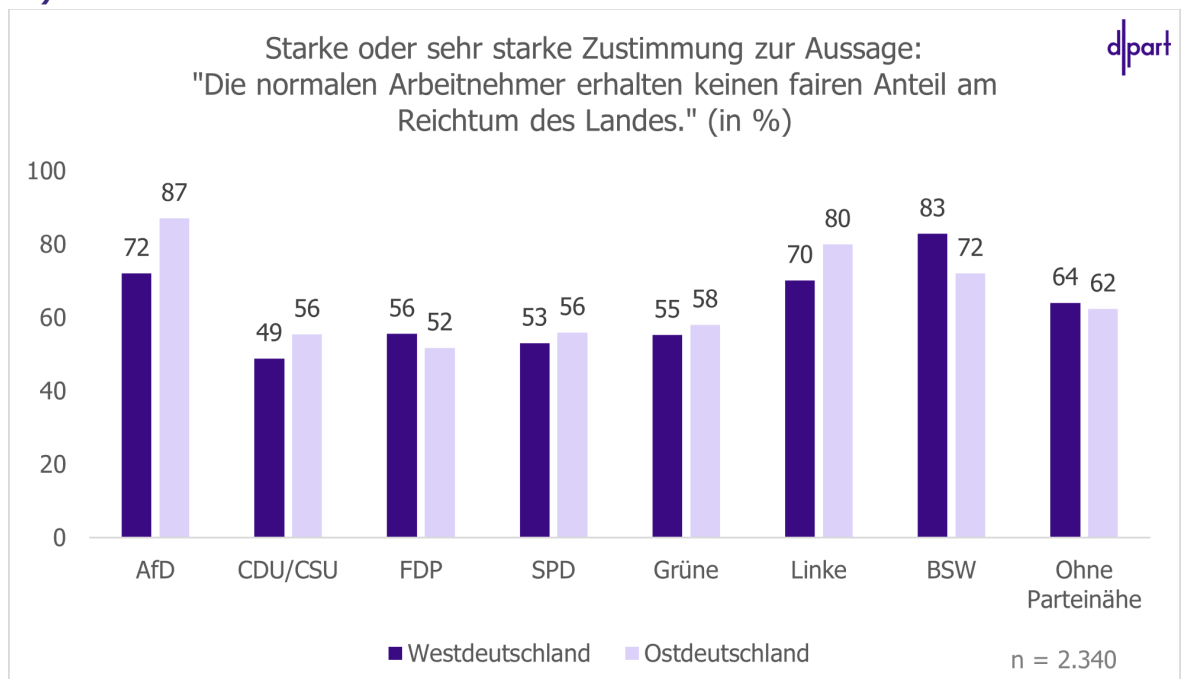
Blickt man weniger auf die Frage, was der Staat tun soll, sondern, was Menschen selber leisten sollen, ergibt sich ein Unterschied zwischen den Ansichten von SPD- und BSW-Sympathisierenden. In diesen Bereichen ähneln die BSW-Sympathisierenden, besonders in Ostdeutschland, stärker den Befragten, die den Grünen oder der Linken nahestehen und tendieren dort weniger als SPD-Anhänger\*innen zu der Aussage, dass Menschen leicht einen Job finden könnten, wenn sie dies nur wollten. Es macht also einen Unterschied ob wir nach staatlichen Leistungen oder den Erwartungen an Mitmenschen fragen, wenn wir BSW-Unterstützer\*innen im Mitte-links-Lager verordnen wollen.

**Abbildung 10: Starke oder sehr starke Zustimmung zur Aussage: „Hier in der Gegend könnten die meisten Arbeitslosen einen Job finden, wenn sie wirklich wollten.“ (in %)**



Wenn hingegen nach der aktuellen wirtschaftlichen Situationsbeschreibung gefragt wird, brechen die politischen Lager auf. Auf die Frage, ob „die normalen Arbeitnehmer [...] einen fairen Anteil am Reichtum des Landes“ erhalten, äußern BSW-Sympathisierende eine große Unzufriedenheit mit der aktuellen Verteilung von Wohlstand. Während die Befragten der bundesrepublikanisch länger existierenden Parteien von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen mit etwas über 50 Prozent Zustimmung auf nahezu identischem Niveau liegen, heben sich die Sympathisierenden der Linken, des BSW und der AfD mit großer Unzufriedenheit deutlich ab.

**Abbildung 11: Starke oder sehr starke Zustimmung zur Aussage: „Wenn die Sozialhilfe nicht so großzügig wäre, würden die Leute lernen, auf eigenen Beinen zu stehen.“ (in %)**

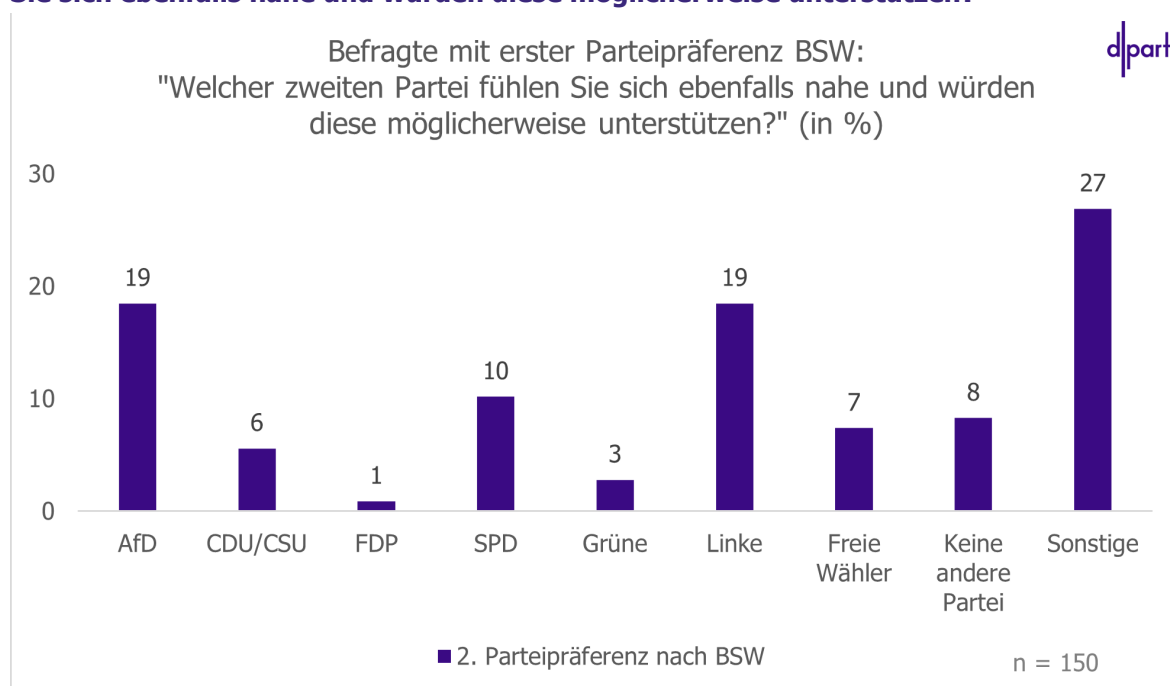


Hier zeigt sich, dass die Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation, insbesondere bei BSW- und AfD-Sympathisierenden, relativ universell und auf hohem Niveau liegt. Bei den Befragten der Linken konzentriert sich diese Unzufriedenheit stärker auf Fragen von Wohlstand, Sozialstaat und Verteilung. Bei Fragen zu konkreten politischen Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen BSW-Wählende also bei anderen, die eher für Mitte-links-Parteien stimmen. Mal sind sie dabei näher bei SPD-Wählenden, mal bei Grünen oder Linken. Beim Ausdruck von Unzufriedenheit in der Verteilung des Wohlstands hingegen sind sie auf einem ähnlichen Niveau wie AfD-Unterstützer\*innen.

## Überschneidungen in Parteipräferenzen

Der Einblick in die relative Positionierung von BSW-Unterstützer\*innen und jenen, die anderen Parteien nahestehen, legt es nahe sich anzugucken, welche anderen Parteien BSW-Sympathisant\*innen außerdem am ehesten mögen. Wir haben die Teilnehmenden gefragt, welcher anderen Partei sie sich neben ihrer ersten Wahl noch nahe fühlen und sich vorstellen könnten zu unterstützen. Betrachtet man die Verteilung der zweiten Präferenzen unter denjenigen, die das BSW als erste Wahl angeben, ergibt sich ein differenziertes Bild: Einerseits geben 19% der BSW-Sympathisierenden an, sich auch vorstellen zu können, die AfD zu unterstützen. Diese Überschneidung spiegelt sich in ähnlichen Unzufriedenheitswerten sowie in den Einstellungen zu Migration und gesellschaftspolitischen Fragen wider. Andererseits zeigen ebenfalls 19% der BSW-Sympathisierenden eine Nähe zur Linken und 10 % zur SPD, was die Übereinstimmung bei den Ansichten vieler insbesondere in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen reflektiert.

**Abbildung 12: Befragte mit erster Parteipräferenz BSW: „Welcher zweiten Partei fühlen Sie sich ebenfalls nahe und würden diese möglicherweise unterstützen?“**



Um zu verstehen, welche Menschen in Deutschland eher zur Wahl des BSW tendieren, ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Im Einklang mit anderen Studien zeigt unsere Analyse eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Lage, ausgeprägte Ängste vor sozialem Abstieg und einen starken Pessimismus bezüglich der eigenen finanziellen Zukunft unter BSW-Sympathisierenden. Rechtsextreme Einstellungen sind unter BSW-Unterstützer\*innen – mit Abstand nach der AfD - besonders stark verbreitet, vor allem in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und migrationsfeindliche Einstellungen, während politisch-autoritären Einstellungen weniger stark ausgeprägt sind. In konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sind BSW-Sympathisant\*innen hingegen eher Mitte-links-Parteien nahe, wobei die Präferenzen je nach spezifischer Fragestellung variieren. Das spiegelt sich auch darin wider, dass BSW-Unterstützer\*innen als Zweitpräferenz oft sowohl die AfD, aber auch häufig Linke oder SPD angeben. Diese Konstellationen verdeutlichen, dass das potenzielle Wählerinnenfeld des BSW derzeit noch einen erheblichen Grad an Heterogenität in den Einstellungen aufweist.

# Methodische Anmerkungen

Unser vergleichendes Forschungsprojekt in acht EU-Mitgliedstaaten zielt darauf ab, Gemeinsamkeiten in politischen Einstellungen, materiellen Belastungen, Sorgen und Hoffnungen der EU-Bürger\*innen im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zu untersuchen. Dabei sollte herausgestellt werden, wie Individuen aus unterschiedlichen sozioökonomischen Situationen die vielfältigen Krisen der letzten Jahre erlebt haben und wie diese Faktoren persönliche Lebenslagen und politischen Einstellungen geprägt haben.

Unser Forschungsprojekt begann mit qualitativen Kleingruppeninterviews, die wir im Januar und Februar 2024 in Frankreich und Deutschland durchgeführt haben, um zu untersuchen, wie Bürger\*innen intuitiv über aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Debatten sprechen. Dies bildete die Grundlage für eine umfassende quantitative Umfrage in acht EU-Mitgliedstaaten: Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, Griechenland, Rumänien, Lettland und Schweden. Die für die 18- bis 80-jährigen Bevölkerung repräsentative Umfrage wurde vom 10. April bis zum 2. Mai 2024 online durchgeführt und umfasste insgesamt 10,664 qualifizierte Befragte, wovon 2,344 in Deutschland befragt wurden. Um Repräsentativität herzustellen, wurde ein komplexes Quotendesign und detaillierte Schichtungsvariablen verwendet und nach der Datenerhebung eine geringfügige Gewichtung vorgenommen. Für die ostdeutschen Bundesländer wurde eine zusätzliche Stichprobe von 379 Personen erhoben, um aussagekräftige Ergebnisse für Ostdeutschland zu erhalten.

# Autor\*innen



## NEELE EILERS

### Projektleitung und Research Fellow

Neele ist Research Fellow bei d|part und leitet das aktuelle Forschungsprojekt zu politischen Einstellungen der europäischen Öffentlichkeit im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024. Ihre Forschung konzentriert sich auf Themen der Ungleichheit, Demokratie, pluralistische Gesellschaften und antidemokratische Einstellungen, wobei sie sowohl qualitative als auch quantitative Methoden anwendet.

Neele studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Internationale Beziehungen in Berlin und London (MA) sowie in Bonn (BA). Praktische Erfahrungen hat sie durch ihre Arbeit im öffentlichen Dienst, in der Wissenschaft und bei mehreren internationalen Stiftungen und Organisationen gesammelt.



## JAN EICHHORN

### Research Director

Jan ist Mitgründer und Partner von d|part sowie Forschungsleiter des Think Tanks. In seiner Forschung arbeitet Jan sowohl mit großen repräsentativen Umfragedaten als auch mit qualitativen Methoden wie Fokusgruppen, Kleingruppeninterviews und Experteninterviews. Er arbeitet dabei häufig in vergleichenden Projekten über mehrere Länder hinweg mit den folgenden Schwerpunkten: Jugendbeteiligung, ökonomische Verständnisse sowie Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsperspektiven.

Neben seiner Arbeit bei d|part ist Jan auch Senior Lecturer für Sozialpolitik an der Universität von Edinburgh. Er hat einen Bachelor in integrierter Sozialwissenschaft von der Jacobs University Bremen und einen Dokortitel in Soziologie von der University of Edinburgh.

## **d | part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin und führt Forschung zur Förderung von politischer Partizipation durch**

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, eine Gesellschaft zu werden, in der alle Menschen in politischen Prozessen mitsprechen, mitmachen und sich beteiligen können. Um dies zu erreichen, müssen wir politische Partizipation besser verstehen, stärken und weiterentwickeln.

In unserer Arbeit verfolgen wir das Ziel, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen, die wir aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten einbringen sowie an verschiedene Zielgruppen herantragen. Zu diesen zählen staatliche Institutionen, Politiker:innen und Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, öffentliche Verwaltungen, aber insbesondere auch gesellschaftliche Gruppen, die sonst eher schwerer oder seltener von "der" Politik erreicht werden.

Besondere Expertise haben wir in der Arbeit zur gesellschaftspolitischen Beteiligung von Gruppen, die oft politisch unterrepräsentiert sind. Unser Schwerpunkt liegt hierbei auf jungen Menschen, Menschen mit Migrationsbiografien und Menschen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status.

Veröffentlicht im August 2024

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Mit finanzieller Unterstützung der Open Society Foundation gGmbH in Kooperation mit Open Society Foundations.

Diese Publikation ist - ebenso wie ein ausführlicher Bericht - als PDF-Datei auf der Projekt-Website unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange d|part genannt wird und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

## KONTAKT

**LEA GRONENBERG**  
Head of Communications

l.gronenberg@dpert.org  
+49 15566 917551

**d | part**  
Forschung für politische Partizipation  
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

[www.dpart.org](http://www.dpart.org)

Skalitzer Str. 33  
10999 Berlin

Represented by CEO Dr. Jan Eichhorn and CEO Dr. Götz Harald Frommholz

dpart is registered at the register court Berlin Charlottenburg,  
register number HRB 155764 B, VAT ID: DE293672192